Am 20.10. gegen 2010

Am 20. Oktober findet zur breiteren Bekanntmachung der zentralen Demonstration am 1. November 2003 in Berlin ein bundesweiter Aktionstag statt.
Die Stadtteilgruppe Spandau der Berliner IG Metall ruft gemeinsam mit dem Anti-Hartz-Bündnis und anderen Initiativen zu einer Protest-kundgebung in Spandau auf:

Gegen Entlassungen und Sozialabbau - Weg mit der Agenda 2010

Montag, 20. Oktober 2003, 14.00 Uhr, vor dem Siemens-Verwaltungsgebäude, Nonnendammallee 101 (U-Bhf. Rohrdamm)

Wir lassen uns nicht länger gegeneinander ausspielen: Unser Kampf um Arbeit, Einkommen und gegen Entlassungen ist untrennbar verbunden mit dem Protest der arbeitslosen und ungesichert beschäftigten Kollegen/innen gegen Leistungskürzungen und Zwangsmaßnahmen.

Weg mit der Agenda 2010
Keine Streichung der Arbeitslosenhilfe
Keine Verschärfung der Zumutbarkeitskriterien
Keine Ausweitung ungesicherter Beschäftigungsverhältnisse, von Leiharbeit und Befristungen
Gegen Sozialabbau durch Gesundheits- und Renten“reform“
Für den Erhalt des Kündigungsschutzes
Für den Erhalt der Tarifautonomie

Standortübergreifender Widerstand gegen Entlassungen und Verschlechterung von Arbeits- und Einkommensbedingungen

Was hat die Agenda 2010 mit mir zu tun?

Jeden Tag wird uns erklärt: „Die sozialen Sicherungssysteme können wir uns so nicht mehr leisten“. Die „Reformen“ haben verschiedene Namen - Agenda 2010, Hartz, Rürup, Herzog, Gesundheits- und Rentenreform. Das Ergebnis ist immer dasselbe: Sozialabbau, Umverteilung von unten nach oben und Schaffung eines immer ungeschützteren Niedriglohn-Bereichs, in den die ehe. Leistungsbezieher gedrängt werden.

Dazu kommt der Druck auf uns Beschäftigte: Wenn wir uns nicht wohlverhalten und verzichten, werden Arbeitsplätze in Billinglohn-Länder verschoben. Allein in Spandau - bei Siemens, Osram, KBA - sollen aktuell wieder einmal hunderte von Arbeitsplätzen abgebaut werden, obwohl dort jeweils schwarze Zahlen geschrieben werden. Die Firmenleitungen hoffen und setzen auf die Einschüchterung der Belegschaften durch die Drohung mit Verlagerungen und der Angst um den Arbeitsplatz. Nicht selten kehren gerade Entlassene als Leihkräfte wieder zurück in den Betrieb. Die Hartz-Gesetze verstärken diese Gefahr und Beschäftigungsverhältnisse außerhalb des Tarifvertrags zum Normalfall.
Der Tarifvertrag selbst wird immer mehr in Frage gestellt. Ein Gesetzesentwurf der CDU/CSU sieht vor, Entgeltvereinbarungen unter Tarif an den Gewerkschaften vorbei im Betrieb vereinbaren zu können. Damit werden die Kollegen/innen von Betrieb zu Betrieb sich gegenseitig nach unten drücken lassen. Das ist nichts anderes als der nächste entscheidende Schritt zur systematischen Absenkung unserer Einkommen und Rechte!

Die bereits verabschiedeten bzw. geplanten „Reformen“ (Krankengeld, Zahnersatz, Streichung der Arbeitslosenhilfe, Rentenreform usw.) bedeuten Leistungskürzungen in der Summe von rund 30 Milliarden Euro. Für jeden Beschäftigten bedeutet das im Durchschnitt einen Verlust von ca. 7 Prozent seiner bisher verfügbaren Leistungen. Auch wenn dies nicht unmittelbar vom Einkommen abgeht, so muss doch jeder in etwa in diesem Umfang für die wegfallenden Leistungen Vorsorge treffen. Wenn gleichzeitig über die geplante Steuerreform durch Senkung des Spitzensteuersatzes 6 Milliarden Euro an die Reichen und Superreichen verschenkt werden und schon durch die Senkung der Gewinnsteuern 2001 30 Milliarden Euro in die Kassen der Unternehmen geflossen sind, so ist klar, was hier geschieht: Nicht „Reform unseres Sozialsystems“, sondern Umverteilung von unten nach oben!

Niedriglohnbereiche, Leiharbeit, Aufbrechen des Flächentarifvertrags, Lohnverzicht, Sozialabbau - all dies sichert letztlich keinen Arbeitsplatz und wird das verbleibende System sozialer (Un)sicherheit in keiner Weise „zukunftssicherer“ machen. Dies ist vielmehr ein Projekt der verstärkten Ausbeutung und Entrechtung der abhängig Beschäftigten, gegen das wir entschlossenen Widerstand leisten müssen. Wir dürfen uns nicht länger von dem Gerede der angeblich unausweichlichen „Reformen für die Zukunft unseres Standortes“ verarschen lassen, sondern müssen für unsere Interessen eintreten - eintreten für die gemeinsamen Interessen von (Noch-)Arbeitenden, ungesichert Beschäftigten und Arbeitslosen!

Für den 1. November 2003 ruft ein Bündnis von Gewerkschaften, Arbeitslosen-Initiativen und sozialpolitischen Vereinigungen zu einer bundesweiten Demonstration gegen den geplanten Sozialabbau auf. Diese Demonstration findet in Berlin statt (13 Uhr, Alexanderplatz). Deshalb sollte sie gerade auch von Berliner Beschäftigten unterstützt werden. Sie soll der Auftakt für weitergehenden Protest gegen die geplanten „Reformgesetze“ werden.

V.i.S.d.P.: IG Metall, Vwst. Berlin, Stadtteilgruppe Spandau, Luis Sergio, Alte Jakobstr. 149, 10969 Berlin